

lion Katholiken. Weitere 200 000 DDR-Bürger sind Mitglieder von Freikirchen. Die größte Einzelgruppe sind die Konfessionslosen, davon sicher nur der geringere Teil erklärte Atheisten. Ob sich an diesen Verhältnissen unter den gewandelten politischen Verhältnissen etwas ändert, ist nicht gänzlich ausgeschlossen, aber eher zu bezweifeln.

In der Bundesrepublik weisen hingegen die Katholiken – wenigstens der Statistik nach – den Protestanten gegenüber ein leichtes Übergewicht auf – was nicht immer so war: Erst in den siebziger Jahren kehrten sich die Verhältnisse zugunsten der Katholiken um – durch den Zuzug von Ausländern, die höhere Austrittsrate bei den Protestanten und die höhere Geburtenrate bei den Katholiken. Rund 80 Prozent der Gesamtbevölkerung gehört jedoch immer noch nominell den beiden großen Konfessionen an. Addiert man die Zahlen von hier und dort, so ergibt sich unzweideutig: In einem künftigen Deutschland werden die Protestanten wieder die größte Einzelgruppe in der Konfessionsstatistik sein.

Nur was bedeutet das? Ganz abgesehen davon, daß es sich bei diesen Zahlen um die *nominellen* Mitgliederzahlen handelt, bereits die Sprechweise von einem Deutschland, das „evangelischer“ oder „katholischer“ aussehen wird, verrät eine wenig nüchterne Darstellung der konfessionellen bzw. religiösen Situation. Die Formulierung enthält nicht zuletzt auch eine Aussage über das über die reine Mitgliedschaft bzw. die Zahl der Kirchgänger hinausgehende gesellschaftlich-kulturelle Gewicht einer bestimmten Kirche. In diesem mehr die allgemeine gesellschaftliche Präsenz beschreibenden Sinn ist z. B. die Bundesrepublik auch trotz einer zahlenmäßigen Mehrheit an Katholiken nie „katholischer“ geworden.

Angesichts eines Christentums, das auch dort zunehmend in die Diaspora gerät, wo es in bestimmten konfessionellen Ausprägungen in der Vergangenheit eine erhebliche kulturprägende Kraft besessen hat, ist die Beschreibung eines zukünftigen

Deutschland als „evangelischer“ nur von begrenztem Aussagewert. Deutschland als ganzes und in seinen Teilen wird in Zukunft immer weniger „evangelisch“ bzw. „katholisch“ sein, da es zur Herausbildung einer breiten konfessionell geprägten und institutionell abgestützten Kultur eines „Protestantismus“ bzw. „Katholizismus“ nicht mehr reicht und die Abschleifung konfessioneller Sonderprägungen sich fortsetzen wird. Die bloße Aufrechnung der Mitgliederzahlen würde da trügerische Hoffnungen wecken. Was sich künftig „evangelisch“ oder „katholisch“ nennen wird, wird sich immer weniger auf gefestigte Institutionen, Strukturen, Mentalitäten und Gewohnheiten abstützen können, sondern sich immer wieder aus sich heraus aktuell realisieren müssen.

nt

Vorsicht

Der Vatikan und die Entwicklung in Litauen

Kaum haben der Heilige Stuhl und die Sowjetunion offizielle Beziehungen aufgenommen (vgl. HK, April 1990, 196), werden diese auch schon durch die Entwicklung in Litauen auf eine erste harte Probe gestellt. Wie stark die römische Kirchenleitung am Schicksal der einzigen mehrheitlich katholischen Sowjetrepublik Anteil nimmt, die am 11. März ihre Unabhängigkeit erklärte, wurde gerade an den Ostertagen deutlich. Johannes Paul II. sagte in seiner Ansprache vor dem traditionellen Ostersegen „Urbi et orbi“: „Wir erbitten für unsere Söhne der geliebten litauischen Nation den Frieden und wünschen, daß ihre Bestrebungen Bestätigung finden in einem Dialog der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses.“ Am Karsamstag hatte überraschend ein Gespräch des Papstes mit *Wadim Sagladin*, dem außenpolitischen Berater des sowjetischen Staatspräsidenten, stattgefunden, bei dem Sagladin offenbar Johannes Paul II. einen Brief Gorbatschows zur Entwicklung in Litauen überreichte.

Johannes Paul II. wandte sich zu Ostern auch mit einem Telegramm an die litauische Bischofskonferenz, in dem es hieß, er sei „in diesen Stunden der Angst und der Hoffnung“ der litauischen Kirche nahe, die „sorgsamer Wächter und Garant jener religiösen, moralischen und kulturellen Werte“ gewesen sei, welche die christliche Wurzel und die Identität der Nation bildeten. In den letzten Wochen kam die Nähe von Kirche und Nation in Litauen deutlich zum Vorschein. So versicherten die *katholischen Bischöfe* des Landes in einem Telegramm an Präsident Landsbergis Ende März die Regierung, „die in diesem entscheidenden Moment von der göttlichen Vorsehung und vom Vertrauen des Volkes zur Leitung des litauischen Staates“ berufen worden sei, ihres vollen Vertrauens. Man wisse sich mit der ganzen Nation in der Wiederherstellung des unabhängigen litauischen Staates verbunden. Die Kirche teile den Wunsch eines großen Teils der Nation nach der Unabhängigkeit.

Schon vor drei Jahren, als die *Sechshundertjahrfeier der Christianisierung Litauens* begangen wurde, machte sich die katholische Kirche auch zum Sprecher der nationalen Bestrebungen der kleinen Sowjetrepublik. Zum 70. Jahrestag der litauischen Unabhängigkeitserklärung vom 16. Februar 1918 wurden im Februar 1988 in ganz Litauen Gottesdienste „für nationale und religiöse Freiheit“ abgehalten. Als im vergangenen Jahr der Unabhängigkeitstag erstmals wieder offiziell gefeiert werden durfte, erklärte Kardinal *Vincetas Sladkevičius*, Erzbischof von Kaunas und Vorsitzender der litauischen Bischofskonferenz, in einem Gedenkgottesdienst, Litauen wolle kein unbedeutendes Anhängsel einer anderen Nation sein, sondern „zur Familie der Nationen der Erde als unabhängiges Mitglied“ gehören.

Angesichts der krisenhaften Zuspitzung seit der Unabhängigkeitserklärung vom 11. März dieses Jahres leisteten die litauischen Bischöfe allerdings nicht nur dem nationalen Selbstbehauptungswillen Sukkurs, sondern warnten hin und wieder auch vor zu großer Eile und unüberlegtem Vorge-

hen. Der Erzbischof von Wilna, *Julijonas Steponavičius*, meinte in einem Interview mit der römischen Zeitung „La repubblica“, die Lösung Litauens von der Sowjetunion müsse mit Sorgfalt und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Fragen geklärt werden. Der Erzbischof erinnerte daran, daß Litauen zwar 1918 seine Unabhängigkeit erklärt, die faktische Eigenständigkeit dann aber erst zwei Jahre später erreicht habe. Auch dem Heiligen Stuhl muß an einem friedlichen, geordneten und in gegenseitigem Einvernehmen festgelegten Weg Litauens zur Unabhängigkeit gelegen sein. Schließlich muß Rom auch das Schicksal der Katholiken in anderen Teilen der Sowjetunion im Auge haben.

Das gilt für Lettland mit seiner beträchtlichen katholischen Minderheit (sie hat sich in den Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit bislang nicht bemerkbar gemacht), für Weißrußland, nicht zuletzt aber für die *griechisch-katholische Kirche in der Ukraine*. Dort ist die Lage auch nach dem Besuch einer gemischten Delegation von Heiligem Stuhl, Moskauer Patriarchat, ukrainischen Katholiken und Orthodoxen sehr gespannt. Die heikle Gratwanderung des Vatikans zwischen den Ansprüchen der griechisch-katholischen Kirche und den Interessen des Moskauer Patriarchats braucht ein gewisses Einvernehmen mit den staatlichen Stellen vor Ort in der Ukraine und in der Moskauer Zentrale. Eine Eskalation in und um Litauen könnte das noch zarte Pflänzchen der Beziehungen zwischen Moskau und dem Heiligen Stuhl massiv gefährden. ru

Rücktritt

Erzbischof Runcie verzichtet vorzeitig auf sein Amt

Am 25. März, dem zehnten Jahrestag seiner Inthronisation als 102. Erzbischof von Canterbury, kündigte *Robert Runcie* seinen vorzeitigen Rück-

tritt vom höchsten Amt der Kirche von England und der weltweiten Anglikanischen Gemeinschaft an. Normalerweise hätte Runcie bis zu seinem siebzigsten Geburtstag im Oktober 1991 im Amt bleiben; er wird aber schon Ende Januar des kommenden Jahres zurücktreten. Natürlich schossen nach der Rücktrittsankündigung sofort die Spekulationen ins Kraut, wer als Nachfolger Runcies in den Londoner Lambeth-Palace, dem Amtssitz der Erzbischöfe von Canterbury, einziehen wird. Die Ernennung erfolgt durch die Königin. Die eigentliche Entscheidung liegt aber beim Premierminister, der einen Namen aus einer von der „Crown Appointments Commission“ erstellten Zweierliste auswählt und der Monarchin übermittelt.

Die Ernennung von Robert Runcie, dem damaligen Bischof von St. Albans im September 1979 zum Nachfolger von Erzbischof Coggan kam überraschend. Er trat sein Amt in einer für die Kirche von England schwierigen Zeit an: Die Diskussion über das Buch „The Myth of God Incarnate“ (1977 erschienen) zeigte, daß in Teilen der anglikanischen Theologie grundlegende Wahrheiten des christlichen Glaubens in Zweifel gezogen wurden; der Streit um die Ordination von Frauen zum Priesteramt war voll im Gange; Unionsbemühungen waren umstritten. Runcie erwies sich bald als Mann des *Ausgleichs* und der *Vermittlung* in der besten anglikanischen Tradition, der nicht vorschnell Position bezog, sondern Meinungsbildungsprozessen ihren Lauf ließ. Damit handelte er sich in seiner Kirche wie in der Öffentlichkeit teilweise den Vorwurf ein, zu liberal, „weich“ und entschlußunfreudig zu sein.

Deutliche Akzente setzte der 102. Erzbischof von Canterbury allerdings im Blick auf die *soziale Verantwortung der Kirche*. Obwohl von Sprache und Habitus ganz ein Mann des Establishments und alles andere als ein „Linker“, äußerte er immer wieder dezidiert seine Sorge angesichts der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der *Regierung Thatcher* und ihrer Auswirkungen auf die weniger privile-

gierten Schichten der Bevölkerung. Beim offiziellen Gedenkgottesdienst für die Opfer der Rückeroberung der Falkland-Inseln durch britische Truppen setzte er sich zum Mißvergnügen vieler unmißverständlich von jedem Hurra-Patriotismus ab.

Während sein Amtsvorgänger evangelikal geprägt war, ist Runcie eher dem „katholischen“ Flügel der Kirche von England zuzurechnen. Dementsprechend war ihm die *weitere Annäherung zwischen Canterbury und Rom* auf dem Weg zu einer vollen kirchlichen Gemeinschaft von Anglikanern und Katholiken ein besonderes Anliegen, wie zuletzt bei seinem Rombesuch im vergangenen Herbst zum Ausdruck kam (vgl. HK, November 1989, 495 f.). Mehrmals hat sich Runcie positiv zur Möglichkeit eines Einheitsdienstes des römischen Bischofs für die gesamte Christenheit geäußert und das anglikanische Modell der vollständigen Autonomie der einzelnen Provinzen der Gemeinschaft kritisch befragt. Gleichzeitig ließ er aber keinen Zweifel daran, daß Einheit keine Kapitulation vor dem katholischen Lehramts- und Primatsverständnis bedeuten kann. Obwohl persönlich kein engagierter Befürworter der Frauenordination, hat er doch Rom gegenüber die guten Gründe für eine Öffnung des kirchlichen Amtes für die Frauen verteidigt. Der Streit innerhalb der Kirche von England und der der Anglikanischen Gemeinschaft hat durch die Ernennung bzw. Weihe von Frauen zum Bischofsamt in den letzten Jahren nochmals an Schärfe zugenommen. Auf der Lambeth-Konferenz im Sommer 1988 (vgl. HK, September 1988, 407 f.) konnte Runcie zwar das Auseinanderbrechen der Gemeinschaft verhindern. Ob größere Spaltungen vermieden werden können, wird sich aber erst unter seinem Nachfolger zeigen. Vermutlich wird für diesen auch die Frage nach dem besonderen Status der Kirche von England auf der Tagesordnung stehen; die Spannung zwischen dem traditionellen Status der „established church“ und dem faktischen Rückgang der aktiven Mitgliederzahl bzw. der zunehmenden Pluralisierung der religiösen Szene in Großbritannien wird immer stärker spürbar. ru